UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

UWG BÜRGER FÜR BÜRGER WÜRSELEN

UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

UWG Würselen **Unabhängige Wählergemeinschaft**

Haushaltsrede 2015 zum Haushalt 2016

Meine sehr geehrten Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren der Verwaltung.

Den Haushalt für das Jahr 2016 hier und heute zu verabschieden, ist vergleichbar mit einer Wanderung in fremder Region, bei undurchdringlichem Nebel. Auch dann beschleicht einem das Gefühl, bei jedem Schritt nicht sicher zu sein, ob man ans Ziel kommt.
Die Rahmendaten zum Haushalt werden uns, ähnlich wie die Konsequenzen, die sich aus der Bereitschaft ergeben , sich auf eine Wanderung bei Nebel einzulassen, bei unserer Planung durch die Auflagen des Stärkungspaktes vorgegeben. Vorgabe auch hier, - irgendwann am Ziel anzukommen – egal wie.
Die Vorgabe des Stärkungspaktgesetzes, einen Zeitraum von 2012 bis 2021 vorherzuplanen, wirkt sich nicht gerade förderlich auf eine zuverlässige und solide Rahmenplanung aus. Immer wieder müssen wir uns veränderten Rahmenbedingungen und Zahlen mit erheblichem Einfluss auf unsere Haushaltsplanung stellen.

Unvorhersehbar und gravierend belastet zum Beispiel die große Zahl an Asylbewerbern, unser Zahlenwerk enorm. Besonders wegen der zur Zeit auf nur 80 % der Kosten begrenzten Zuweisung des Bundes und des Landes. Doch die humanitäre Verantwortung steht hierbei im Vordergrund.

Größere Belastungen, und mit ihren Auswirkungen auf die städtische Finanzsituation als dramatisch zu bezeichnen, entstanden aus ganz anderen Gründen.
Sie resultieren aus unserer Sicht aus der mangelnden Voraussicht der politischen Entscheidungsträger der vergangenen Jahre. Diese fehlende Orientierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde immer wieder durch politische Fehlentscheidungen ergänzt. Unser Haushalt wurde zusehends stärker belastet und von einer Gesundung der finanziellen Lage entfernten wir uns mit besorgniserregendem Tempo. Die Zielsetzung dieser Entscheidungen schien immer mehr nur dem Profilierungsgehabe der politisch Handelnden und deren Parteien zu dienen, als dem

Haushalt unserer Stadt und somit den Bürgern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit nunmehr 16 Jahren gestaltet die CDU mir ständig wechselnden Partnern die Politik und somit auch die Gestaltung unserer Heimatstadt. Etliche Maßnahmen wurden im Mosaiksystem auf unsere Stadt verteilt realisiert. Ein Gesamtzusammenhang, wie zum Beispiel der eines Generalverkehrskonzeptes fehlt bis heute. Vieles stellt sich aus unserer Sicht nur als Flickwerk ohne erkennbaren Gesamtzusammenhang dar. Wenn es denn gar nicht mehr anders ging, dann wurde auch einmal in längst überfällige und für die Daseinsvorsorge unserer Bürger notwendige Bereiche investiert. Zu erinnern sei nur an die ins unermeßliche gestiegenen Kosten zur Instandsetzung der Turnhallen des Gymnasiums und der Krottstraße. Bei vorausschauendem, - also frühzeitigem, und verantwortungsvollem Handeln, hätte man einen Großteil dieser Gelder sparen und in andere, ebenso notwendige Projekte investieren können.

Fast schon scheinheilig mutet es aus unserer Sicht an, wenn dann die gleichen Protagonisten, wie vor wenigen Wochen geschehen, mit ihrem Konterfei aus einem örtlichen Presseerzeugnis unseren Bürgerinnen und Bürgern schon beim Frühstück entgegenstrahlen. Hierbei sollte wohl jedem Würselener Leser klargemacht werden, daß sich alles im grünen Bereich bewegt und der Haushalt der Stadt in bester Ordnung sei. Hieß es doch an der Stelle, daß für 2016 keine Steuererhöhungen notwendig seien.

Diese Ansicht mag für 2016 durchaus ihre Berechtigung haben. Aber es wird, - bewußt oder unbewußt, verschwiegen, daß die gleichen Entscheidungsträger unseren Bürgerinnen und Bürgern bereits in den Jahren 2012 und 2013 Steuererhöhungen, - allein bei der Grundsteuer B in einer Gesamtsumme von ca. 2,0 Mio. Euro, zugemutet haben und wir zur Zeit mit einer Erhöhung der gleichen Steuer für 2017 in Höhe von 30 Punkten zu rechnen haben. Es sei denn, wir sind in der Lage, im Haushalt 2017 einen Betrag in Höhe von ca. 400.000,- Euro einzusparen.

Bei einem entsprechenden Ausgabeverhalten und dem nötigen Einsparwillen, dürfte das aus UWG – Sicht eigentlich kein Problem darstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt unserer Stadt ist ein sehr komplexes Zahlenwerk. Wir bereits oben erwähnt, mit laufend sich verändernden Werten. Die Politik ist für die Aufarbeitung und Bereitstellung dieser Werte und Zahlen auf die Verwaltung der Stadt Würselen angewiesen. Diese wiederum auf Angaben des Bundes, des Landes und/ oder der Städteregion. Deren Gesetze, Vorgaben und Kalkulationen haben oft einen entscheidenden Einfluß auf unseren Haushalt. Auf Grund dieser Aufarbeitung leiten die politisch Verantwortlichen dann Entscheidungen und Beschlüsse herbei. Leider konnten uns etliche, relevante Daten nur sehr kurzfristig von der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden, - was eine punkt-genaue Bewertung des Ganzen ebenfalls nicht vereinfacht.

Lassen Sie mich unsere Bewertung des Haushaltes 2016, meine sehr geehrten Damen und Herren, dennoch an Hand einiger Werte veranschaulichen.
In das oben erwähnte Strahlen der CDU – Riege könnte man für 2016 durchaus einstimmen, - wären da nicht die bereits erwähnten früheren Steuererhöhungen. Ich möchte an der Stelle bemerken, die UWG hat dem seinerzeit nicht zugestimmt.

Übrigens liegt von uns immer noch ein unbeantworteter Fragenkatalog mit 72 !! Anregungen zu Einsparmaßnahmen der Verwaltung vor. Unsere Fragen sind das Ergebnis einer Zusammenstellung aus 800 Einzelmaßnahmen, die aus einer Erhebung der Gemeindeprüfanstalt (GPA) bei allen NRW – Kommunen stammen.

Gestatten sie mir nochmals einen kurzen Rückgriff auf den oben erwähnten Zeitungsartikel. Bei der Lektüre wird einem das Gefühl vermittelt, als sei die CDU alleiniger Gestalter des ausgeglichenen Haushalts 2016. Von den vorausgegangenen Steuererhöhungen, die übrigens von allen anderen im Rat vertretenen Parteien mitgetragen wurden, will heute niemand mehr etwas wissen.

Vielmehr feiert man die nicht vorgenommenen Steuererhöhungen in 2016 als Erfolg und verschweigt die für 2017 zu erwartenden Erhöhungen.

Die Zuwendungen und Einnahmen, auf die die Politik nun gar keinen oder nur höchst begrenzten Einfluß hat, die aber dennoch in erheblichem Maße zum Gelingen des Haushaltsausgleichs beigetragen haben, werden ebenfalls nicht erwähnt. Es war sogar durch das Stärkungspaktgesetz und den damit verbundenen Vorgaben des Landes zwingend geboten, den Haushalt ab 2016 ausgeglichen gestalten zu müssen.
Dafür erhielt und erhält die Stadt Würselen seit 2012 jährlich ca. 3,0 Mio. Euro vom Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.
Einsparungen, auch ohne den Einfluß der Politik in Höhe von ca. 130.000,- Euro konnten zum Beispiel durch die Neuausschreibung von Versicherungen erzielt werden. Hier gebührt der Verwaltung ein Lob, die in diesem Punkt den Vorschlägen der GPA gefolgt ist.
Erfolge verzeichnen auch die Schlüsselzuweisungen, bei denen es Verbesserungen im Vergleich zu 2015 in Höhe von ca. 500.000,- Euro gibt. Hierbei möchte ich natürlich nicht verschweigen, daß die eine oder anderer politische Entscheidung mit dazu beigetragen hat.
Positiv wirkt sich die Soforthilfe des Bundes laut Finanzausgleichgesetz für 2016, aus. Dadurch konnte für 2016 ein Betrag in höhe von 231.600,- Euro eingestellt werden. Dieser erhöht sich für das Jahr 2017 sogar auf 695.000,- Euro.
In Bezug auf den langen Planungszeitraum bis zum Jahre 2021, sind die Planzahlen zu folgenden Einnahmearten zwar sehr spekulativ, dennoch sind es Einnahmen ohne gravierenden Einfluss der lokalen Politik.
Eine mögliche Erhöhung der Erträge im Vergleich zu 2015 käme zum Beispiel bei der Gewerbesteuer, - ca. 600.00,- Euro und der Einkommenssteueranteil mit ca. 1,1 Mio. Euro zum Tragen.
Für die letzt genannten Einnahmearten könnte es auch für die Folgejahre, bei einer wachsenden oder zumindest gleichbleibender Konjunktur und unveränderten Rah-

menbedingungen, bei ähnlich guten Schätzungen bleiben.
Es bleiben natürlich nur Prognosen, - die sich, obwohl seriös geplant, erst einmal einstellen müssen.
Es läßt sie richtig vermuten, meine sehr verehrten Damen und Herren, neben diesen Beispielen gibt es natürlich noch einige Posten, durch die der Haushalt 2016 und folgende ausgeglichen dargestellt werden konnten. Durch diese Einnahmen und Erträge, konnten sogar die Verschlechterungen, die es natürlich auch gibt, aufgefangen und kompensiert werden.

Um kein einseitiges Bild zu vermitteln, gestatten Sie mir bitte, auf die Verschlechterungen, auf die die Politik wegen äußerer Einflüsse auch keinen oder nur wenig Einfluß hat, kurz einzugehen. Auch hier spielen die uns vorgegebenen Rahmendaten oftmals eine entscheidende Rolle.
Bei der Vergnügungssteuer haben wir wegen der Änderung des Glücksspielstaatsvertrages durch den Bund mit Einnahmeverlusten von erschreckenden 546.000,- Euro jährlich zu rechnen.
Gleichermaßen werden die Stärkungspaktmittel des Landes ab 2017 von heute ca. 3,0 Mio. Euro bis zum Jahr 2021 auf Null zurückgefahren.

Wie in meinen Haushaltsreden der Vorjahre, muß ich heute leider erneut auf den größten Einzelposten unseres Haushalts verweisen. Es ist die Städteregionsumlage. Sie beläuft sich im Jahr 2016 auf besorgniserregende 21,5 Mio Euro meine sehr verehrten Damen und Herren.
Eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mio. Euro. Eine Reduzierung dieser Kosten ist auf lange Zeit nicht in Sicht. Auch hier erneut meine Aufforderung an die Fraktionen im Rat der Stadt Würselen: „Nehmen Sie endlich Einfluß auf die unsägliche Kosten – und Ausgabenpolitik zu Lasten der ihr angehörigen Kommunen bei Ihren Leuten im Städteregionstag.“

Die Personalkosten, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden sich im Jahr

2016 ebenfalls drastisch erhöhen. Hierbei muß man natürlich bedenken, daß die KDW mit dem gesamten Personalbestand nun in den Aufgabenbereich der Verwaltung übergeleitet wurde. Die UWG legt Wert darauf, daß die Überleitung in die Gesamtverwaltung - wie auch von uns gefordert, ohne Stellenabbau vollzogen wurde. Langfristig sollen auch durch diese Maßnahme Kosten eingespart werden.
In Anlehnung an den immer wieder ins Feld geführten Schuldenstand der KDW, gestatten Sie mir bitte den Verweis auf eine Aussage der Verwaltung zu deren Personalkosten , - die wir mit ein wenig Verwunderung zur Kenntnis genommen haben. Nun stellt man fest, - ich zitiere, „das die Personalkosten der KDW laut Verwaltung in allen Jahren unterhalb der bisherigen Plandaten lagen.“ Zitat Ende.
„Ein Schelm der Böses dabei denkt“.

Ganz besonders begrüßen wir die Einrichtung von zwei weiteren Beamtenstellen für die Feuerwehr der Stadt Würselen. Die angefallenen Überstunden waren weder menschlich noch sicherheitstechnisch zu vertreten. Eine optimale Verbesserung des Personalstandes liegt leider immer noch in weiter Ferne. Auch gebe ich zu bedenken, daß der Brandschutzbedarfsplan damit noch lange nicht erfüllt ist. Hier bedarf es endlich zielgerichteter und ergebnisorientierter Entscheidungen statt des weiteren Aussitzens von Problemen, die letztlich zu einer Gefährdung der Bevölkerung führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir bitte, an dieser Stelle ein großes Dankeschön ausdrücklich den vielen ehren-amtlichen Feuerwehrmännern - und Frauen seitens der UWG – Würselen auszusprechen. Sie setzen durch ihren unermüdlichen Einsatz und in der gleichen Gefahr wie ihre hauptberuflichen Kollegen, ihr Leben und ihre Gesundheit immer wieder auf`s Spiel, um uns, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, im Bedarfsfall zu schützen.
Ohne deren Engagement würde uns auch der städtische Haushalt, über den wir jetzt beschließen, ziemlich stark auf den Nägeln brennen. **Vielen Dank !!!**

Durch die notwendige und von uns mitgetragene Erweiterung der Kindergärten mußte auch dort im Personalbereich aufgestockt werden. In der Konsequenz erhöhten sich natürlich die Ansätze unseres Haushaltsplanes.

Die enorm gestiegene Zahl bei den Asylsuchenden macht es sogar erforderlich, eine zusätzliche Hausmeisterstelle für die zur Verfügung zu stellenden Objekte einzurichten.
Wurde bei der Planung noch von ca. 350 Hilfesuchenden ausgegangen, so sind es zur Zeit ca. 450 Personen, - eine Zahl mit steigender Tendenz. Bei ursprünglich angenommenen 350 Personen lag der nur bei 80 % – anzusetzende Finanzierungsanteil des Bundes, - wie bereits erwähnt, bei dieser Prognose bei ca. 3,3 Mio. Euro. Allein für die Unterbringung in Hotels blieb ein Betrag in Höhe von 259.000,- Euro ungedeckt.
Um so mehr begrüßt die UWG den jetzt getätigten Ankauf von zwei Immobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen in Höhe von ca. 500.000,- Euro. Diese Maßnahme hilft uns zukünftig, die Kosten zu reduzieren bzw. Einnahmen zu generieren.

Wegen der gestiegenen Fallzahlen wird für die Belange der Asylsuchenden, auf zwei Jahre befristet, eine weitere Stelle innerhalb der Verwaltung geschaffen. Die UWG begrüßt dieses Vorgehen. Wir regen aber an, daß aus diesem Aufgabenbereich maximal eine Viertel Stelle für die Belange des Integrationsrates zur Verfügung gestellt wird.

Obwohl wir in der Vergangenheit als auch für die Zukunft Einsparungen bei den Personalkosten forderten und fordern werden, sehen wir in diesen Maßnahmen sinnvolle und notwendige Ergänzungen zur notwendigen Daseinsfürsorge, die die Stadt ihren Bürgern gegenüber hat.

Wir begrüßen ausdrücklich die nun endlich vorgenommene Neuorganisation der Verwaltung unserer Stadt. Ein Prozeß, der aus Sicht der UWG schon lange hätte in Angriff genommen werden müssen. Aber, besser spät als nie!

Bei der Umsetzung der neuen Strukturen fordert die UWG Offenheit und Transparenz unter Einbeziehung aller Beteiligten. Verwaltungsspitze, Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, als auch die betroffenen und neu zu bildenden Fachbereiche können nur als vollkommen gleichberechtigte Partner zum Gelingen einer neuen Verwaltungsorganisation beitragen.

Gegenseitige Wertschätzung, besonders von Vorgesetzten und Leitern ihren Mitarbeitern gegenüber, sind für uns unverzichtbare Kriterien um zu einem positiven Arbeitsklima beizutragen. Durch die Neuorganisation von Arbeitsabläufen und Zuständigkeiten erwarten wir einen mittelfristigen Abbau von Überstunden. Es ist für uns untragbar, daß Mitarbeiter, wie auch bei der Feuerwehr, in der Verwaltung hunderte Überstunden vor sich her schieben. Auch deswegen leidet die Arbeitsmoral und, - viel wichtiger, die Gesundheit der Mitarbeiter.
Um die Ursachen für die hohen Krankenstände zu beleuchten, sollten alle möglichen Auslöser wie Arbeitsklima, Mitarbeiterführung, Beteiligung und Zufriedenheit ergebnisoffen beleuchtet werden. Eine offene Kommunikation in alle Richtungen und zu allen Ebenen ist aus Sicht der UWG dazu unerläßlich.

Die UWG sieht den nun angestoßene Prozeß als Auftakt einer Reihe von Maßnahmen, um auch im Personalbereich langfristig finanzielle Verbesserungen für die Bürger dieser Stadt zu erzielen. Neben einer unerläßlichen, auf alle Aufgabenbereiche bezogene regelmäßige Stellenkritik, sehen wir die jetzt begonnene Neuorganisation erst einmal auf ein Jahr befristet. Danach sollte der Erfolg der Umsetzung durch eine offen Organisationskritik innerhalb des Hauses ausgelotet und erst dann dem Rat zur Information bzw. zur weiteren Entscheidung vorgelegt werden.

Wir erwarten kurzfristig über die folgende Maßnahme eine Berichterstattung:
- Wie wirkt sich der Wegfall der Fachbereichsleiterebene mit zur Zeit 6 Personen hin zur Fachdienstleiterebene mit 9 Personen finanziell aus?

Auch die Stelle eines zweiten Beigeordneten, wie von der UWG seit Jahren gefordert, soll mit einem Kw – Vermerk, - also künftig wegfallend, versehen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich anschließend noch auf einen für die UWG – Würselen besonders wichtigen Bereich eingehen.

Die UWG fordert seit Jahren von der Verwaltung der Stadt Würselen, - aber ganz besonders von den politischen Mehrheitsträgern, initiativ zu werden, um das bürgerschaftliche Engagement in unserer Stadt zu fordern und im Besonderen, - zu fördern. Hierbei ging und geht es uns zum Beispiel um die Übertragung von Immobilien und Liegenschaften in die Hand unserer Bürger und Vereine. Dabei soll es in erster Linie nicht um die Verlagerung von Zuständigkeiten und Verantwortung, sondern um eine dauerhafte Versorgung unserer Bürger mit kulturellen und sportlichen Einrichtungen gehen. Uns allen muß klar sein, daß diese Versorgung, auch wegen der von mir zuvor angesprochenen Ausgabenpolitik der politisch Handelnden, zukünftig alleine durch die Stadt auf Dauer nicht mehr gewährleistet ist.

Das <u>die Kosten</u> für Erhalt und Pflege der übertragenen Objekte <u>nicht</u> auf die Vereine und Initiativen verteilt werden sollen, muß ich hier wohl nicht erwähnen.

Vielmehr gibt es in der Bürgerschaft und den Organisationen oft genug Fachleute, die für ihre Anliegen, - mit ausgeprägten planerischen und handwerklichen Kenntnissen ausgestattet, durchaus in der Lage sind, auf freiwilliger Basis Maßnahmen zum Erhalt von Gebäuden oder Sportstätten schneller und günstiger umzusetzen als die Verwaltung dazu in der Lage wäre.. Über die möglichen finanziellen Einsparungen hinaus, wäre Verwaltungspersonal für andere Dinge frei.
<u>Das</u> so etwas möglich ist, zeigen uns folgende Beispiele:
Zu erwähnen wäre der Zusammenschluß von Weidener und Linden – Neusener Vereinen, die der Politik und der Verwaltung ein ausgereiftes Konzept zur Umge-

staltung und zum Erhalt der Sportstätten – und Plätze ausgearbeitet haben. Mit wenigen Veränderungen brauchte die Verwaltung nur noch vorzulegen und der Rat zu beschließen. Wir freuen uns, daß wir für 2016 Mittel in Höhe von 600.000,- Euro für die Ertüchtigung und Erweiterung der Halle Parkstraße und des Sportplatzes Helleter Feldchen bereitstellen können und gleichzeitig 400.000,- Euro für die Sportanlage Linden – Neussen. Für die UWG ein klares „Ja“ zur Finanzierung.

Dem energischen und konstruktiven Vorgehen der Bardenberger Vereine ist es zu verdanken, daß endlich Bewegung in den Erhalt der Schule Am Kaiser gekommen ist. Wir hoffen, daß alle früheren Nutzer, die ihre gewohnte Stätte lange Zeit nicht nutzen konnten, in ihrer Existenz nicht gefährdet wurden. Auch hier wird die UWG den ca. 400.000,- Euro die für 2016 in den Haushalt eingestellt werden zustimmen.

Für den Erhalt von zwei, vielleicht drei architektonisch äußerst wertvollen Gebäuden auf dem Singergelände setzt sich die Kulturstiftung ein. Ein mögliches Konzept zur Nutzung und Finanzierung des Ganzen wurde mit großer Rücksicht auf die städtische Finanzlage den Fraktionen vorgestellt. Daraus resultiert der hier und heute noch zu beschließende gemeinsame Antrag von SPD, CDU und UWG.

Es sind nur einige Beispiele von vielen, wo bürgerschaftliches Engagement mit hohem Sachverstand und viel Herzblut die kulturelle Vielfalt in Würselen aufrechterhält und letztendlich in der Lage ist, den städtischen Haushalt in erheblichem Maße zu entlasten. Wir, die Politik und die Verwaltung stehen in der Pflicht, dieses Bemühen unter allen Umständen auf Augenhöhe und ohne politischen Eigennutz, in jeder Form zu begleiten und zu unterstützen, - und dort, wo es noch keine Initiative gibt, den Bürgern Mittel und Wege aufzuzeigen, um diesen gemeinsamen Weg zu beschreiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Beschluß von herausragender Trag-

weite für den Haushalt aber auch für die bildungspolitische Zukunft unsere Stadt betrifft den Neubau der Gesamtschule im Bereich der Krottstraße. Obwohl die Entwicklung der Schülerzahlen seit Jahren einen Niedergang der Hauptschule aufzeigte wurden in Würselen die Zeichen der Zeit lange übersehen oder sogar ignoriert. Beides mit fatalen Folgen. Auf die Schnelle und aus unserer Sicht völlig übereilt, wurde dann die Einrichtung einer Gesamtschule beschlossen.
Erwähnen möchte ich an der Stelle, daß auch die UWG die Gesamtschule als Schulform mit Zukunft sieht.
Ohne sich vorher Gedanken über einen geeigneten Standort gemacht zu haben, setzte man sich durch das schnelle „Ja „ zur Gesamtschule abermals unter Druck. Wegen der Entscheidung für den Neubau, werden nun auch Beschlüsse zum Verbleib von Sportstätten unter dem gleichen Zeitdruck erfolgen müssen. Für die notwendige Abwägung der finanziellen Aspekte und einer auf die Zukunft ausgelegten Sportstättenentwicklung, unter Beteiligung aller betroffenen Vereine und Organisationen, bleibt erneut keine Zeit. Aus unserer Sicht zeichnet sich hier erneut das Eingangs erwähnte Flickwerk ab.

Die UWG ist darüber hinaus nicht der Meinung, daß die Wahl eines Neubaus für die Bürger der Stadt die günstigere Wahl ist. Hierzu möchte ich noch einmal auf die Zahlen für die reine Dachstuhlsanierung der Schule am Kaiser eingehen. Dafür wurden die geschätzten Kosten im Haushalt mit ca. 350.000,- Euro eingestellt. Die Vergabe, meine sehr verehrten Damen und Herren, erfolgt nun für ca. 135.000,- Euro. Eine Ersparnis von ca. 60 %!. Auch bei dieser Schätzung lag ein Gutachten vor. Unterstellen wir nun, daß sich die Kosten für den Neubau der Gesamtschule, laut Gutachten ca. 25,0 Mio. Euro, nur um 10 % verteuern, und die geschätzten Kosten für die Ertüchtigung der Realschule, - hier ca. 34,0 Mio. Euro, um 20 % niedriger liegen würden (ich erinnere: bei der Schule am Kaiser betrug die Differenz ca. 60%), dann hätten wir ein Kostenverhältnis von ca. 27,5 Mio. Euro für den Neubau zu ca. 27,2 Mio. für die Ertüchtigung der Realschule.
Eine solche Rechnung ist natürlich spekulativ, - aber für die UWG Grund genug,

sich auch heute noch gegen einen Neubau und für die Ertüchtigung der Realschule auszusprechen.

Ganz sicher hätten wir im Falle einer Ertüchtigung wesentlich mehr Zeit für die Planung zur zukünftigen Gestaltung unserer Sportlandschaft gewonnen, - auch hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkungen.

Nötige Belastungen unseres Haushaltes, wie die Anschaffung einer Hubbühne oder eines Schleppers für die KDW trägt die UWG auf jeden Fall mit. Leider wurde hier die äußerst notwendige Vergabe aus unserer Sicht durch die Kollegen der CDU unnötig verzögert.
Geringe zusätzliche Belastungen werden durch einen neu zu schaffenden Seniorenbeirat entstehen. Wir sind dennoch der Auffassung, daß ein Beirat eine wesentlich höhere Effizienz in Bezug auf die demographischen Herausforderung hat als der bisher sehr gut agierende Seniorenbeauftragte. Den diesbezüglich zu fassenden Beschluß werden wir mittragen.
Den höheren Belastungen für präventive Angebot im Kinder, Jugend - und Familienbereich werden wir uns ebenfalls zustimmen.
Für die Sanierungsmaßnahmen unserer Straßen werden wir gemeinsam für 2016 ca. 317.000,- Euro zur Verfügung stellen. Auch hier gibt es etliches aufzuholen.

Ein großes Problem haben wir mit der Bewertung der Regelung zur Volljährigkeitsgrenze von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen. Minderjährige unterliegen einem besonderen Schutzstatus. Die Kosten für deren Betreuung belasten unseren Haushalt wesentlich stärker als die der volljährigen Personen. Wenn nun die Volljährigkeitsgrenze nicht nach deutschen Richtlinien mit 18 Jahren, sondern bei einem guineischen Flüchtling zum Beispiel, wie in dessen Heimatland, mit 21 Jahren angesetzt wird, so belasten wir unseren Haushalt drei Jahre lang mit unnötigen Kosten.

Gleiches gilt für die Auslandsbetreuung eines einzigen straffällig gewordenen Ju-

gendlichen. Dessen Betreuung in den russischen Weiten belastet bis zu seiner Volljährigkeit unsere Bürger mit ca. 8.000,- Euro je Monat! Eine Kontrolle der Maßnahme und der Unterbringung ist auf Grund der riesigen Entfernung nicht möglich. Hier bezahlen wir „ins Blaue“ hinein meine sehr verehrten Damen und Herren. Die UWG erwartet zukünftig eine frühzeitige Unterrichtung und Beteiligung des Rates über solche Maßnahmen. Wir sind uns sicher, daß eine zielorientierte und nach hohen sozialpädagogischen Standards durchgeführte Betreuung in Deutschland wesentlich günstiger durchgeführt werden kann als im Osten Rußlands.
An der jetzt, mit Stimmen der UWG beschlossenen finanziellen Absicherung der Arbeit der KOT St. Sebastian für weitere drei Jahre, ist uns offen gesagt mehr gelegen.

Unverständlich und deshalb von uns auch nicht mitgetragen, sind die Beschlüsse aller im Rat vertretenen Parteien zu den Themen Stadtwege, - ca. 3.000,- Euro Kosten und dem „Leader“ – Projekt, - um an Fördergelder zur Entwicklung des ländlichen Raums zu gelangen, - 15.000,- Euro Kosten. Wir erinnern uns, Fördergelder sind immer mit Auflagen und besonders mit Eigenanteilen behaftet. Sie werden sehr oft den örtlichen Anforderungen nicht gerecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt 2016 kann ausgeglichen dargestellt werden. Bei ein wenig Maßhaltung gilt diese Prognose auch für die Jahre bis 2021. Ich warne aber davor, unsinnige und wenig zielfördernde Ausgaben wie in der Vergangenheit zu tätigen. Spätestens ab 2021 werden wir uns dem Gesamtschuldenberg der Stadt Würselen in Höhe von zur Zeit ca. 110,0 Mio. Euro widmen müssen. Trotz niedriger Zinsen schieben wir aus Altverträgen Zinsen für Investitionskredite in Höhe von ca. 2,0 Mio. Euro vor uns her.
Deswegen sollten Prestigeobjekte grundsätzlich der Vergangenheit angehören und jeder Politiker müßte sich davor hüten, noch einmal ein Stadtdach oder ähnliches realisieren zu wollen.
Die UWG wird, wie in der Vergangenheit auch, keinen Steuererhöhungen zustimmen. Die jetzt beschlossenen Einnahmeerhöhung bei den Friedhofsgebühren stellt

aus unserer Sicht eine verdeckte Steuererhöhung dar. Wir haben diese als einzige Fraktion im Rat der Stadt abgelehnt. Solange unsere oben erwähnten Fragen zu möglichen Einsparungen nicht mit belastbarem Zahlenmaterial beantwortet sind, werden wir auch zukünftig jeder Form von Steuererhöhungen unsere Zustimmung verweigern.

Abschließend ein letzter uns sehr am Herzen liegender, dringender Appell direkt an unsere Bürger,.: Tragen Sie bitte mit dazu bei, den wilden Müll zu vermeiden, - er belastet unseren Haushalt jährlich mit unsäglichen 34.000,- Euro, – Geld das für wichtigere Dinge benötigt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Johann Wolfgang von Goethe hat einmal formuliert:

Nicht die Umstände bestimmen uns
sondern wir bestimmen unsere Umstände

Mit diesen Worten möchte ich mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und wünsche Ihnen, Ihren Familien und Freunden schon vorab ein gesegnetes Weihnachtsfest und möge Ihnen der Eine oder Andere Wunsch für das Jahr 2016 in Erfüllung gehen.

weiterdrucken mit oben Seite 10

Vielen Dank

Theo Scherberich
Fraktionsvorsitzender der
UWG - Würselen

Würselen, den 08.12.2015